

Umweltflüchtlinge?

Umweltbedingte Personenbewegungen im Internationalen Flüchtlingsrecht

von
Dr. Britta Nümann

1. Auflage

Nomos Baden-Baden 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 8487 1578 7

Britta Nümann

Umweltflüchtlinge?

Umweltbedingte Personenbewegungen im
Internationalen Flüchtlingsrecht



Nomos

Schriften zum Migrationsrecht

Herausgegeben von

Klaus Barwig, Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Prof. Dr. Ulrike Davy, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano, Universität Bremen

Prof. Dr. Dr. h.c. Kay Hailbronner, Universität Konstanz

Prof. Dr. Winfried Kluth, Universität Halle-Wittenberg

Band 18

Dr. Britta Nümann, LL.M. (University of Canterbury)

Umweltflüchtlinge?

Umweltbedingte Personenbewegungen im
Internationalen Flüchtlingsrecht



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt a.M., Univ., Diss., 2014

ISBN 978-3-8487-1578-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-5593-4 (ePDF)

D30

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	25
Einleitung: Umweltflüchtlinge?	31
Erster Teil: Das Phänomen der „ <i>Umweltflüchtlinge</i> “	39
1. Kapitel: Die Entwicklung der Diskussion über umweltbedingte Personenbewegungen	39
A. Die 1920er bis 1960er Jahre: Entstehung des kodifizierten Internationalen Flüchtlingsrechts	41
B. Die 1970er und 1980er Jahre: Erste Aufmerksamkeit für „ <i>Umweltflüchtlinge</i> “	46
C. Die 1990er Jahre: Problematisierung des Phänomens	49
D. Die 2000er Jahre: Konkretisierung von umweltbedingten Personenbewegungen	56
E. Die 2010er Jahre: Erarbeitung von Lösungsansätzen	63
F. Schlussfolgerung zur Entwicklung der Diskussion	74
2. Kapitel: Die Bestimmung umweltbedingter Personenbewegungen	75
A. Die Begriffsbestimmungen umweltbedingter Personenbewegungen	76
I. Die ersten Definitionen von „ <i>Umweltflüchtlingen</i> “	76
1. Die Definitionen	76
a) Die Definition von El-Hinnawi	77
b) Die Definition von Jacobsen	77
c) Die Definition von Myers	77
d) Die Definition des Internationalen Symposiums von UNHCR, IOM und RPG	78
2. Untersuchung der Definitionen	79
a) Die Ursachen der Abwanderung in den Definitionen	79
aa) Umweltveränderungen als Ursache der Abwanderung	79
bb) Unterscheidung von natürlichen und menschenverursachten Umweltveränderungen	80
cc) Kritik an den Definitionen wegen der Ursachen	81
b) Die Motivation der Abwanderung in den Definitionen	83

Inhaltsverzeichnis

aa) Die Notwendigkeit der Abwanderung	83
bb) Kritik an den Definitionen wegen der Motivation der Abwanderung	84
c) Der Grenzübertritt bei der Abwanderung in den Definitionen	85
d) Die zeitliche Dauer der Abwesenheit in den Definitionen	86
3. Fazit zu den ersten Definitionen von „Umweltflüchtlingen“	87
II. Die jüngeren Entwicklungen bei der Begriffsbestimmung	88
1. Die Differenzierung von Kategorien umweltbedingter Personenbewegungen	88
a) Die Kategorien von Renaud, Bogardi, Dun und Warner	89
b) Die Kategorien von Dun, Gemenne und Stojanov	90
c) Die Kategorien von Grote	92
2. Untersuchung der Kategorien	92
a) Die Ursachen der Abwanderung in den Kategorien	93
aa) Umweltveränderungen als Ursache der Abwanderung	93
bb) Unterscheidung von natürlichen und menschenverursachten Umweltveränderungen	93
cc) Umgang mit der Kritik an den Definitionen – Umweltfaktoren als „main reason“	94
b) Die Motivation der Abwanderung in den Kategorien	95
c) Der Grenzübertritt bei der Abwanderung in den Kategorien	96
d) Die zeitliche Dauer der Abwesenheit in den Kategorien	96
3. Fazit zu den Entwicklungen der Begriffsbestimmung	97
III. Die Bezeichnungen des Phänomens bei der Bestimmung der betroffenen Personen	98
IV. Schlussfolgerung zur Begriffsbestimmung umweltbedingter Personenbewegungen	99
B. Die Elemente umweltbedingter Personenbewegungen	100
I. Die Ursachen der Abwanderung	100
1. Umweltveränderungen als Ursache für Abwanderungen	101
a) Umweltveränderungen als alleinige Ursache der Abwanderung	102
aa) Maximalistischer Ansatz	103
bb) Minimalistischer Ansatz	104

cc) Diskussion des maximalistischen und des minimalistischen Ansatzes	104
b) Umweltveränderungen als Hauptursache der Abwanderung	109
aa) Ablehnung einer Konzeptualisierung von Umweltveränderungen als Hauptursache der Abwanderung	110
bb) Voraussetzung der Umweltveränderungen als Hauptursache der Abwanderung	112
cc) Diskussion von Umweltveränderungen als Hauptursache der Abwanderung	114
c) Beurteilung der Umweltveränderungen als eine Ursache der Abwanderung	115
d) Fazit zu Umweltveränderungen als Ursache für Abwanderungen	117
2. Die Auswirkungen des Klimawandels als Ursache für Personenbewegungen	117
a) Beschränkung der Ursachen auf die Auswirkungen des Klimawandels	118
aa) Der Klimawandel und seine Auswirkungen als Ursache der Abwanderung	119
bb) Definitionen von „Klimaflüchtlingen“	122
b) Diskussion der Beschränkung der Ursachen auf die Auswirkungen des Klimawandels	123
c) Fazit zu den Auswirkungen des Klimawandels als Ursache für Personenbewegungen	128
3. Umweltbedingte Ursachen von Personenbewegungen	129
a) Unterscheidung in „natürliche“ und „von Menschen geschaffene“ Ursachen	130
aa) „Natürliche“ Ursachen der Abwanderung	131
bb) „Von Menschen geschaffene“ Ursachen der Abwanderung	133
b) Unterscheidung der Ursachen in verschiedene Szenarien	137
c) Diskussion der bisherigen Unterscheidungen umweltbedingter Ursachen	140
aa) Kritik an der Unterscheidung in „natürliche“ und „von Menschen geschaffene“ Ursachen	142
bb) Kritik an der bisherigen Unterscheidung der Ursachen in verschiedene Szenarien	145
cc) Fazit zu den bisherigen Unterscheidungen umweltbedingter Ursachen	146

Inhaltsverzeichnis

d) Differenzierungsmodell umweltbedingter Ursachen für die Abwanderung	147
aa) Die Umweltveränderungen unmittelbar als Ursache der Abwanderung	148
bb) Das zum Klimawandel beitragende Verhalten	148
cc) Die Umweltzerstörung als Mittel zur Austragung eines Konfliktes	150
dd) Das menschliche Verhalten in Reaktion auf Umweltveränderungen	152
ee) Nichtberücksichtigung bestimmter Situationen umweltbedingter Ursachen	153
(1) Konflikte wegen mangelnder Naturressourcen	154
(2) Umsiedlungsprojekte für die geplante Landnutzung	155
(3) Industrielle Unfälle und der Abbau von Naturressourcen	155
e) Ergebnis zu den umweltbedingten Ursachen von Personenbewegungen	155
4. Schlussfolgerung zu den Ursachen der Abwanderung	156
II. Die Motivation der Abwanderung	157
1. Die Motivation bei umweltbedingten Personenbewegungen	157
a) Die Unterscheidung der Motivation in freiwillige und notwendige Abwanderung	157
b) Die Motivation bei Abwanderungen aufgrund umweltbedingter Ursachen	159
c) Die Unterscheidung der Motivation in mehr als zwei Kategorien	164
d) Fazit zur Motivation bei umweltbedingten Personenbewegungen	165
2. Die Motivation in der Auseinandersetzung mit den rechtlichen Schutzmöglichkeiten	165
a) Beschränkung auf die notwendige Abwanderung	166
b) Keine Festlegung bezüglich der vorliegenden Motivation	167
c) Berücksichtigung von freiwilliger und notwendiger Abwanderung	168
d) Diskussion der für die Auseinandersetzung mit dem Schutz erforderlichen Motivation	170
aa) Beschränkung der Motivation bei Beurteilung des bestehenden Schutzes	171
bb) Umfassender Ansatz bei Ausarbeitung eines zukünftigen Schutzes	173

cc) Fazit zu der für die Auseinandersetzung mit dem Schutz erforderlichen Motivation	174
3. Die Beurteilung der notwendigen Abwanderung	175
a) Der Vorschlag von Renaud, Bogardi, Dun und Warner	176
b) Der Vorschlag von Ammer, Nowak, Stadlmayr und Hafner	177
c) Der Vorschlag von Kälin	178
d) Diskussion der Vorschläge für die Beurteilung der notwendigen Abwanderung	180
4. Schlussfolgerung zur Motivation bei umweltbedingten Personenbewegungen	184
III. Interne und grenzüberschreitende Abwanderung	185
1. Die Grenzüberschreitung bei umweltbedingten Personenbewegungen	185
2. Die Grenzüberschreitung in der Auseinandersetzung mit den rechtlichen Schutzmöglichkeiten	187
a) Getrennte Berücksichtigung interner und grenzüberschreitender Abwanderung	188
b) Gemeinsame Berücksichtigung interner und grenzüberschreitender Abwanderung	189
c) Beschränkung auf die grenzüberschreitende Abwanderung	190
d) Diskussion der für die Auseinandersetzung mit dem Schutz erforderlichen Grenzüberschreitung	190
aa) Die Grenzüberschreitung bei Beurteilung des bestehenden Schutzes	191
bb) Die Grenzüberschreitung bei Ausarbeitung eines zukünftigen Schutzes	193
cc) Fazit zu der für die Auseinandersetzung mit dem Schutz erforderlichen Grenzüberschreitung	194
3. Schlussfolgerung zur Grenzüberschreitung bei umweltbedingten Personenbewegungen	194
IV. Die zeitliche Dauer der Abwanderung	195
1. Die zeitliche Dauer der Abwesenheit bei umweltbedingten Personenbewegungen	195
2. Die zeitliche Dauer der Abwesenheit in der Auseinandersetzung mit den rechtlichen Schutzmöglichkeiten	197
3. Schlussfolgerung zur zeitlichen Dauer der Abwesenheit bei umweltbedingten Personenbewegungen	198
V. Die Terminologie des Phänomens	198
1. „ <i>Environmental refugees</i> “ – „ <i>climate refugees</i> “ bzw. „ <i>Umweltflüchtlinge</i> “ – „ <i>Klimaflüchtlinge</i> “	200

Inhaltsverzeichnis

a) Hintergrund der Bezeichnung als „ <i>environmental refugees</i> “ – „ <i>climate refugees</i> “	201
b) Ablehnung der Bezeichnung als „ <i>environmental refugees</i> “ – „ <i>climate refugees</i> “	203
c) Befürwortung der Bezeichnung als „ <i>environmental refugees</i> “ – „ <i>climate refugees</i> “	206
2. „ <i>Environmentally displaced persons</i> “ bzw. „Umweltvertriebene“	208
3. „ <i>Environmental migrants</i> “ bzw. „Umweltmigranten“	210
4. Diskussion der Terminologie	211
5. Schlussfolgerung zur Terminologie des Phänomens	215
C. Umweltbedingte Personenbewegungen für die Untersuchung des bestehenden Schutzes im Internationalen Flüchtlingsrecht	216
Zweiter Teil: Schutzmechanismen im Internationalen Flüchtlingsrecht 218	
1. Kapitel: Der Schutz bei grenzüberschreitender Abwanderung als Flüchtlinge	218
A. Globaler Schutz: Die Genfer Flüchtlingskonvention und das Protokoll	220
I. Die Flüchtlingsdefinition in der GFK	222
II. Die Auslegung der Flüchtlingsdefinition in der GFK	223
1. Grundsätze zur Auslegung der GFK	224
2. Überblick über die bisherige Auslegung in Bezug auf umweltbedingte Personenbewegungen	227
a) Das Vorgehen in der Rechtsprechung	227
b) Das Vorgehen des UNHCR	230
c) Das Vorgehen in der Literatur	233
3. Die Voraussetzungen der Flüchtlingsdefinition bei umweltbedingten Personenbewegungen	235
a) Die begründete Furcht	236
aa) Die Voraussetzung der begründeten Furcht	236
(1) Kriterien der begründeten Furcht	237
(a) Subjektiv-objektiver Ansatz: Die Furcht als subjektives Angstempfinden	237
(b) Objektiver Ansatz: Die Furcht als aktuelles Verfolgungsrisiko	238
(c) Diskussion der Kriterien der begründeten Furcht	239

(2) Verfolgungsprognose	242
bb) Die begründete Furcht bei umweltbedingten Personenbewegungen	245
(1) Der subjektiv-objektive Ansatz: Beurteilung in der Rechtsprechung des RRTA	245
(2) Der subjektiv-objektive Ansatz: Vorgehen und Verständnis des UNHCR	248
(3) Der subjektiv-objektive Ansatz: Vorgehen und Verständnis in der Literatur	249
(4) Der objektive Ansatz: Vorgehen in der Recht- sprechung der RSAA NZ	250
(5) Diskussion der begründeten Furcht bei umwelt- bedingten Personenbewegungen	251
cc) Schlussfolgerung zur begründeten Furcht bei umwelt- bedingten Personenbewegungen	253
b) Die Verfolgung	254
aa) Die Voraussetzung der Verfolgung	254
(1) Schwerwiegende Verletzung von Menschen- rechten	258
(a) Zink: Verfolgung als Verletzung des Lebens und der Freiheit	258
(b) UNHCR: Keine Beschränkung auf die Verletzung bestimmter Menschenrechte	259
(c) Hathaway: Beurteilung der Verfolgung nach einem hierarchischen Modell	260
(d) Rechtsprechung: Vorliegen einer ernsthaften Verletzung	262
(e) Jüngere Literatur: Zweistufige Prüfung	264
(f) Regionaler Ansatz: Die Verfolgung in der EU-Qualifikationsrichtlinie	265
(g) Diskussion der Ansätze zur Beurteilung des Vorliegens einer Verfolgung	267
(2) Urheber der Verfolgung – Verfolgungsakteure	271
bb) Das Vorliegen einer begründeten Furcht vor Ver- folgung bei umweltbedingten Personenbewegungen	272
(1) Verfolgung durch Umweltveränderungen	273
(a) Ablehnung der Verfolgungsvoraussetzung bei Umweltveränderungen	274
(aa) Ablehnung aufgrund eines fehlenden Verhaltens eines Akteurs	276

Inhaltsverzeichnis

(bb) Ablehnung aufgrund einer fehlenden Diskriminierung	279
(cc) Ablehnung aufgrund einer fehlenden Intention	281
(dd) Ablehnung aufgrund der Entstehungsgeschichte der GFK	282
(b) Annahme der Verfolgungsvoraussetzung bei Umweltveränderungen	283
(c) Diskussion der Verfolgung durch Umweltveränderungen	284
(aa) Das fehlende Verhalten eines Akteurs bei Umweltveränderungen	285
(i) Das Beispiel des Tsunamis 2004	286
(ii) Das Beispiel der „ <i>sinking island states</i> “	287
(iii) Fazit zum fehlenden Verhalten eines Akteurs bei Umweltveränderungen	291
(bb) Die fehlende Diskriminierung und fehlende Intention bei Umweltveränderungen	291
(cc) Die Berücksichtigung von „ <i>refugees from natural disasters</i> “ in der Entstehungsgeschichte der GFK	292
(d) Ergebnis zum Vorliegen der Verfolgung durch Umweltveränderungen	294
(2) Verfolgung durch das zum Klimawandel beitragende Verhalten	294
(a) Industriestaaten als Verfolgungsakteure	297
(aa) Ablehnung der Verfolgungsvoraussetzung bei Industriestaaten	298
(bb) Diskussion der Verfolgung durch die Industriestaaten	302
(b) Herkunftsstaaten als Verfolgungsakteure	304
(aa) Ablehnung der Verfolgungsvoraussetzung bei Herkunftsstaaten	305
(bb) Annahme der Verfolgungsvoraussetzung bei Herkunftsstaaten	305
(cc) Diskussion der Verfolgung durch die Herkunftsstaaten	306
(c) Ergebnis zum Vorliegen der Verfolgung durch das zum Klimawandel beitragende Verhalten	310

(3) Verfolgung durch die Umweltzerstörung als Mittel zur Austragung eines Konfliktes	311
(a) Staatliche Akteure des Herkunftsstaates – Das Beispiel der Marsch-Araber	313
(aa) Annahme der Verfolgungsvoraussetzung im Fall der Marsch-Araber	316
(bb) Diskussion der Verfolgungsvoraussetzung im Fall der Marsch-Araber	319
(b) Staatliche Akteure eines Drittstaates – Das Beispiel des Golfkrieges 1990-1991	321
(aa) Annahme der Verfolgungsvoraussetzung im ersten Golfkrieg	322
(bb) Diskussion der Verfolgungsvoraussetzung im ersten Golfkrieg	323
(c) Das Verhalten von nichtstaatlichen Akteuren	323
(d) Ergebnis zum Vorliegen der Verfolgung durch die Umweltzerstörung als Mittel zur Austragung eines Konfliktes	324
(4) Verfolgung durch menschliches Verhalten in Reaktion auf Umweltveränderungen	324
(a) Ablehnung der Verfolgungsvoraussetzung in der Rechtsprechung	325
(b) Äußerung von Bedenken durch den UNHCR	327
(c) Annahme der Verfolgungsvoraussetzung in der Literatur	327
(d) Diskussion der Verfolgung durch das Verhalten in Reaktion auf Umweltveränderungen	329
(aa) Das Beispiel der Dalit	330
(bb) Fazit zur Verfolgungsvoraussetzung im Fall der Dalit	331
(e) Ergebnis zum Vorliegen der Verfolgung durch menschliches Verhalten in Reaktion auf Umweltveränderungen	332
cc) Schlussfolgerung zum Vorliegen einer begründeten Furcht vor Verfolgung bei umweltbedingten Personenbewegungen	332
c) Die Konventionsmerkmale – Gründe für die Furcht vor Verfolgung	334

Inhaltsverzeichnis

aa) Die Voraussetzung der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen der Konventionsmerkmale	335
(1) Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe	335
(a) Allgemeine Auslegungsgrundsätze für das Konventionsmerkmal	337
(b) Konkretisierung des Konventionsmerkmals	339
(aa) Ansatz eines geschützten Merkmales	339
(bb) Ansatz der sozialen Wahrnehmung	341
(cc) Alternative Anwendung der Ansätze	342
(dd) Kumulative Anwendung der Ansätze	343
(ee) Diskussion der Ansätze zur Konkretisierung des Konventionsmerkmals	344
(2) Rasse, Religion, Nationalität und politische Überzeugung	346
(3) Die kausale Verbindung der Furcht vor Verfolgung zu den Konventionsmerkmalen	348
(a) Intention der Verfolgungshandlung als Voraussetzung der Flüchtlingsdefinition	348
(aa) Subjektiver Ansatz	349
(bb) Objektiver Ansatz	350
(cc) Diskussion der Intention als Voraussetzung der kausalen Verbindung	352
(b) Anforderung an die kausale Verbindung bei mehreren Gründen für die Verfolgung	353
(aa) Wesentlicher Grund des Verfolgungsrisikos	354
(bb) Zentraler oder vorherrschender Grund des Verfolgungsrisikos	354
(cc) Beitragender Grund des Verfolgungsrisikos	355
(dd) Diskussion der Anforderungen an die Verbindung zwischen dem Verfolgungsrisiko und den Konventionsmerkmalen	355
(c) Die Besonderheit der Kausalität bei der Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure	357
bb) Die Konventionsmerkmale bei umweltbedingten Personenbewegungen	358
(1) Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe	358

(a) Von Umweltveränderungen betroffene Personen als soziale Gruppe	359
(aa) Ablehnung wegen des fehlenden Vorliegens einer sozialen Gruppe	359
(bb) Ablehnung wegen des fehlenden Vorliegens einer kausalen Verbindung	361
(cc) Diskussion des Verfolgungsrisikos wegen der Zugehörigkeit zu den von Umweltveränderungen betroffenen Personen	363
(b) Personen ohne politische Macht ihre Umwelt zu schützen als soziale Gruppe	366
(aa) Annahme des Vorliegens einer bestimmten sozialen Gruppe	366
(bb) Ablehnung des Vorliegens einer bestimmten sozialen Gruppe	368
(cc) Diskussion des Verfolgungsrisikos wegen der Zugehörigkeit zu den Personen ohne politische Macht ihre Umwelt zu schützen	369
(2) Das Verfolgungsrisiko wegen der Konventionsmerkmale im Zusammenhang mit umweltbedingten Personenbewegungen	372
(3) Beurteilung der Konventionsmerkmale in den Fallbeispielen	374
(a) Das Beispiel der Marsch-Araber	374
(aa) Begründete Furcht vor Verfolgung wegen der Religion	377
(bb) Begründete Furcht vor Verfolgung wegen der politischen Überzeugung	377
(cc) Begründete Furcht vor Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe	378
(dd) Zwischenergebnis im Fall der Marsch-Araber	378
(b) Das Beispiel der Dalit	378
(aa) Begründete Furcht vor Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe	379
(bb) Zwischenergebnis im Fall der Dalit	380

Inhaltsverzeichnis

cc) Schlussfolgerung zur begründeten Furcht vor Verfolgung wegen der Konventionsmerkmale bei umweltbedingten Personenbewegungen	380
d) Die Grenzüberschreitung	381
aa) Die Voraussetzung der Grenzüberschreitung	381
bb) Die Grenzüberschreitung bei umweltbedingten Personenbewegungen	384
(1) Beurteilung der Grenzüberschreitung bei umweltbedingten Personenbewegungen	384
(2) Beurteilung der Grenzüberschreitung in den Fallbeispielen	385
(a) Das Beispiel der Marsch-Araber	385
(b) Das Beispiel der Dalit	386
cc) Schlussfolgerung zur Grenzüberschreitung bei umweltbedingten Personenbewegungen	387
e) Die fehlende Schutzmöglichkeit	387
aa) Die Voraussetzung der fehlenden Schutzmöglichkeit	388
bb) Die fehlende Schutzmöglichkeit bei umweltbedingten Personenbewegungen	389
(1) Beurteilung der fehlenden Schutzmöglichkeit bei umweltbedingten Personenbewegungen	390
(a) Ablehnung der fehlenden Schutzmöglichkeit	390
(b) Annahme der fehlenden Schutzmöglichkeit	391
(c) Diskussion der fehlenden Schutzmöglichkeit bei umweltbedingten Personenbewegungen	392
(2) Beurteilung der fehlenden Schutzmöglichkeit in den Fallbeispielen	393
(a) Das Beispiel der Marsch-Araber	393
(b) Das Beispiel der Dalit	394
cc) Schlussfolgerung zur fehlenden Schutzmöglichkeit bei umweltbedingten Personenbewegungen	394
4. Fazit zur Auslegung der Flüchtlingsdefinition der GFK	395
III. Ergebnis zum Schutz nach der GFK und dem Protokoll	396
B. Regionaler Schutz: Die regionalen Instrumente zum Schutz von Flüchtlingen	399

I. Die Konvention zur Regelung der besonderen Aspekte der Flüchtlingsprobleme in Afrika	407
1. Die Flüchtlingsdefinitionen in der OAU-Konvention	409
2. Die Auslegung der Flüchtlingsdefinitionen in der OAU-Konvention	411
a) Die Voraussetzungen der erweiterten Flüchtlingsdefinition in der OAU-Konvention	411
aa) Die Anwendung der OAU-Konvention auf jede Person	412
bb) Die Abwanderungsgründe in der OAU-Konvention	413
(1) Äußere Aggression, Okkupation oder ausländische Vorherrschaft	414
(2) Ereignisse, die ernsthaft die öffentliche Ordnung stören	416
(a) Beschränkung der Ereignisse auf „ <i>man-made disasters</i> “	416
(b) Ausdehnung der Ereignisse auf „ <i>natural disasters</i> “	417
(c) Diskussion der Ereignisse, die ernsthaft die öffentliche Ordnung stören	419
(aa) Das Verständnis von ernsthaft störenden Ereignissen	419
(bb) Das Verständnis der öffentlichen Ordnung	420
(cc) Das Verständnis des Abwanderungsgrundes in der OAU-Konvention	422
(dd) Fazit zum Verständnis von Ereignissen, die ernsthaft die öffentliche Ordnung stören	425
cc) Die Grenzüberschreitung	425
b) Die OAU-Konvention bei umweltbedingten Personenbewegungen	425
aa) Die OAU-Konvention bei Umweltveränderungen unmittelbar als Ursache der Abwanderung	426
bb) Die OAU-Konvention bei dem zum Klimawandel beitragenden Verhalten	428
(1) Das Vorliegen von Abwanderungsgründen der OAU-Konvention	428
(a) Äußere Aggression, Okkupation und ausländische Vorherrschaft durch das zum Klimawandel beitragende Verhalten	428
(b) Ereignisse, die ernsthaft die öffentliche Ordnung stören, durch das zum Klimawandel beitragende Verhalten	429

Inhaltsverzeichnis

(2) Ergebnis zur OAU-Konvention bei dem zum Klimawandel beitragenden Verhalten	431
cc) Die OAU-Konvention bei der Umweltzerstörung als Mittel zur Austragung eines Konfliktes	431
(1) Staatliche Akteure eines Drittstaates – Das Beispiel des Golfkrieges 1990-1991	432
(a) Das Vorliegen von Abwanderungsgründen im ersten Golfkrieg	435
(b) Die Grenzüberschreitung bei der Abwanderung	437
(c) Zwischenergebnis zum Verhalten von staatlichen Akteuren eines Drittstaates	437
(2) Das Verhalten von nichtstaatlichen Akteuren eines Drittstaates	438
(3) Ergebnis zur OAU-Konvention bei der Umweltzerstörung als Mittel zur Austragung eines Konfliktes	438
dd) Die OAU-Konvention bei menschlichem Verhalten in Reaktion auf Umweltveränderungen	439
c) Fazit zur Auslegung der Flüchtlingsdefinition der OAU-Konvention	440
3. Ergebnis zum Schutz nach der OAU-Konvention	441
II. Die Deklaration von Cartagena über Flüchtlinge in Zentralamerika	443
1. Die Flüchtlingsdefinition in der Cartagena-Deklaration	446
2. Die Auslegung der Flüchtlingsdefinition in der Cartagena-Deklaration	448
a) Die Voraussetzungen der Flüchtlingsdefinition in der Cartagena-Deklaration	448
aa) Die Anwendung der Cartagena-Deklaration	449
bb) Die Bedrohung des Lebens, der Sicherheit oder der Freiheit	449
cc) Die Gründe für die Bedrohung in der Cartagena-Deklaration	450
(1) Die Bedrohung durch allgemeine Gewalt, ausländische Aggression, innerstaatliche Konflikte oder massive Menschenrechtsverletzungen	450
(2) Die Bedrohung durch andere, die öffentliche Ordnung ernsthaft störende Umstände	452

(a) „Natural disasters“ als andere, die öffentliche Ordnung ernsthaft störende Umstände	452
(b) Diskussion um das Verständnis von anderen, die öffentliche Ordnung ernsthaft störenden Umständen	453
dd) Die Grenzüberschreitung	455
b) Die Cartagena-Deklaration bei umweltbedingten Personenbewegungen	456
aa) Die Cartagena-Deklaration bei Umweltveränderungen unmittelbar als Ursache der Abwanderung	457
bb) Die Cartagena-Deklaration bei dem zum Klimawandel beitragenden Verhalten	458
cc) Die Cartagena-Deklaration bei der Umweltzerstörung als Mittel zur Austragung eines Konfliktes	459
(1) Staatliche Akteure des Herkunftsstaates – Das Beispiel der Marsch-Araber	459
(a) Das Vorliegen einer Bedrohung im Fall der Marsch-Araber	460
(b) Die Grenzüberschreitung bei der Abwanderung	461
(c) Fazit zum Verhalten von staatlichen Akteuren des Herkunftsstaates	462
(2) Staatliche Akteure eines Drittstaates – Das Beispiel des Golfkrieges 1990-1991	462
(a) Das Vorliegen einer Bedrohung im ersten Golfkrieg	463
(b) Die Grenzüberschreitung bei der Abwanderung	464
(c) Fazit zum Verhalten von staatlichen Akteuren eines Drittstaates	464
(3) Das Verhalten von nichtstaatlichen Akteuren	465
(4) Ergebnis zur Cartagena-Deklaration bei der Umweltzerstörung als Mittel zur Austragung eines Konfliktes	465
dd) Die Cartagena-Deklaration bei menschlichem Verhalten in Reaktion auf Umweltveränderungen	466
(1) Das Verhalten von Akteuren des Herkunftsstaates – Das Beispiel der Dalit	466
(2) Das Verhalten von Akteuren eines Drittstaates	467
(3) Ergebnis zur Cartagena-Deklaration bei menschlichem Verhalten in Reaktion auf Umweltveränderungen	468

Inhaltsverzeichnis

c) Fazit zur Auslegung der Flüchtlingsdefinition der Cartagena-Deklaration	468
3. Ergebnis zum Schutz nach der Cartagena-Deklaration	469
C. Schlussfolgerung zum Schutz bei grenzüberschreitender Abwanderung	471
2. Kapitel: Der Schutz bei interner Abwanderung als IDPs	472
A. Globaler Schutz: Die Guiding Principles on Internal Displacement	474
I. Die Bestimmung von IDPs in den Guiding Principles	481
1. Die Voraussetzungen der Guiding Principles	488
a) Die Anwendbarkeit der Guiding Principles	489
b) Die Ursachen für die Abwanderung in den Guiding Principles	490
aa) Bewaffnete Konflikte, Situationen allgemeiner Gewalt und Menschenrechtsverletzungen	491
bb) „ <i>Natural or human-made disasters</i> “	492
(1) Das Verständnis von „ <i>natural or human-made disasters</i> “ als Abwanderungsgrund	493
(2) Das Verständnis von „ <i>natural disasters</i> “ als Abwanderungsgrund in den Guiding Principles	496
(a) Beschränkung von „ <i>natural disasters</i> “ auf „ <i>sudden onset</i> “ Ereignisse	496
(b) „ <i>Sudden onset</i> “ und „ <i>slow onset</i> “ Ereignisse als „ <i>natural disasters</i> “	497
(c) Diskussion einer Beschränkung von „ <i>natural disasters</i> “ auf „ <i>sudden onset</i> “ Ereignisse	497
c) Keine Überquerung einer international anerkannten Staatsgrenze	499
2. Die Guiding Principles bei umweltbedingten Personenbewegungen	499
a) Die Guiding Principles bei Umweltveränderungen unmittelbar als Ursache der Abwanderung	500
aa) Das Vorliegen von Abwanderungsgründen der Guiding Principles	500
(1) Bewaffnete Konflikte, Situationen allgemeiner Gewalt und Menschenrechtsverletzungen durch Umweltveränderungen	501
(2) „ <i>Natural or human-made disasters</i> “ durch Umweltveränderungen	501

bb) Keine Überquerung einer international anerkannten Staatsgrenze	503
cc) Das Beispiel des Tsunamis 2004 und der „ <i>sinking island states</i> “	503
dd) Ergebnis zu den Guiding Principles bei Umweltveränderungen unmittelbar als Ursache der Abwanderung	504
b) Die Guiding Principles bei dem zum Klimawandel beitragenden Verhalten	504
aa) Das Vorliegen von Abwanderungsgründen der Guiding Principles	505
(1) Bewaffnete Konflikte und Situationen allgemeiner Gewalt durch das zum Klimawandel beitragende Verhalten	505
(2) Menschenrechtsverletzungen durch das zum Klimawandel beitragende Verhalten	505
(3) „ <i>Natural or human-made disasters</i> “ durch das zum Klimawandel beitragende Verhalten	506
bb) Keine Überquerung einer international anerkannten Staatsgrenze	508
cc) Das Beispiel der „ <i>sinking island states</i> “	509
dd) Ergebnis zu den Guiding Principles bei dem zum Klimawandel beitragenden Verhalten	509
c) Die Guiding Principles bei der Umweltzerstörung als Mittel zur Austragung eines Konfliktes	510
aa) Staatliche Akteure des Herkunftsstaates – Das Beispiel der Marsch-Araber	510
(1) Das Vorliegen von Abwanderungsgründen im Fall der Marsch-Araber	511
(2) Keine Überquerung einer international anerkannten Staatsgrenze	511
(3) Fazit zum Verhalten von staatlichen Akteuren des Herkunftsstaates	512
bb) Staatliche Akteure eines Drittstaates – Das Beispiel des Golfkrieges 1990-1991	512
(1) Das Vorliegen von Abwanderungsgründen im ersten Golfkrieg	513
(2) Keine Überquerung einer international anerkannten Staatsgrenze	514

Inhaltsverzeichnis

(3) Fazit zum Verhalten von staatlichen Akteuren eines Drittstaates	514
cc) Das Verhalten von nichtstaatlichen Akteuren	515
dd) Ergebnis zu den Guiding Principles bei der Umweltzerstörung als Mittel zur Austragung eines Konfliktes	515
d) Die Guiding Principles bei menschlichem Verhalten in Reaktion auf Umweltveränderungen	515
aa) Das Verhalten von Akteuren des Herkunftsstaates – Das Beispiel der Dalit	516
bb) Das Verhalten von Akteuren eines Drittstaates	517
cc) Ergebnis zu den Guiding Principles bei menschlichem Verhalten in Reaktion auf Umweltveränderungen	518
II. Ergebnis zum Schutz nach den Guiding Principles	518
B. Regionaler Schutz: Die Konvention der Afrikanischen Union zum Schutz und zur Unterstützung von Binnenvertriebenen in Afrika	520
I. Allgemeine Neuerungen der Kampala-Konvention	523
1. Der Geltungsbereich der Kampala-Konvention	523
2. Die Verbindlichkeit der Kampala-Konvention	523
3. Die Verpflichtungen der Vertragsstaaten	524
II. Besonderheiten für umweltbedingte Personenbewegungen	526
1. Die Anwendbarkeit der Kampala-Konvention	528
2. Besondere Verpflichtungen in Bezug auf umweltbedingte Personenbewegungen	528
III. Ergebnis zum Schutz nach der Kampala-Konvention	531
C. Schlussfolgerung zum Schutz bei interner Abwanderung	533
 Schluss: Umweltbedingte Personenbewegungen im Internationalen Flüchtlingsrecht	 534
 Literaturverzeichnis	 541

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
AATA	Administrative Appeals Tribunal of Australia
Abs.	Absatz
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Universal Declaration of Human Rights)
<i>APuZ</i>	<i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>
<i>APV</i>	<i>Asia Pacific Viewpoint</i>
Arabische Flüchtlingskonvention	Arabische Konvention zur Regulierung des Flüchtlingsstatus in den arabischen Staaten (Arab Convention on Regulating Status of Refugees in the Arab Countries)
Art.	Artikel
<i>AUILR</i>	<i>American University International Law Review</i>
<i>AUJILP</i>	<i>American University Journal of International Law and Policy</i>
<i>AVR</i>	<i>Archiv des Völkerrechts</i>
Bangkok-Prinzipien	Bangkok Prinzipien zum Status und Umgang mit Flüchtlingen (Bangkok Principles on the Status and Treatment of Refugees)
<i>BCTWLJ</i>	<i>Boston College Third World Law Journal</i>
<i>BGBI.</i>	<i>Bundesgesetzblatt</i>
<i>BZ</i>	<i>Berliner Zeitung</i>
bzw.	beziehungsweise
Cartagena-Deklaration	Deklaration von Cartagena über Flüchtlinge in Zentralamerika (Cartagena Declaration on Refugees)
CIREFCA	Internationale Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge (Conferencia Internacional Sobre Refugiados Centroamericanos)
<i>CJIELP</i>	<i>Colorado Journal of International Environmental Law and Policy</i>
<i>CJLPP</i>	<i>Cornell Journal of Law and Public Policy</i>
<i>CWILJ</i>	<i>California Western International Law Journal</i>
<i>CWRJIL</i>	<i>Case Western Reserve Journal of International Law</i>
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
EACH-FOR	Environmental Change and Forced Migration Scenarios Project
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen

Abkürzungsverzeichnis

	(United Nations Economic and Social Council)
ECOSOCC	Wirtschafts-, Sozial- und Kulturrat der African Union (Economic, Social and Cultural Council)
<i>EL</i>	<i>Environmental Law</i>
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms)
<i>EnvC</i>	<i>Environmental Conservation</i>
EU-Qualifikationsrichtlinie	Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Directive 2011/ 95/EU of the European Parliament and of the Council of 13 December 2011 on standards for the qualification of third-country nationals or stateless persons as beneficiaries of international protection, for a uniform status for refugees or for persons eligible for subsidiary protection, and for the content of the protection granted)
EU-Qualifikationsrichtlinie 2004	Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29 April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatenangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Council Directive 2004/83/EC of 29 April 2004 on minimum standards for the qualification and status of third country nationals or stateless persons as refugees or as persons who otherwise need international protection and the content of the protection granted)
f.	folgende
<i>FELR</i>	<i>Fordham Environmental Law Review</i>
<i>FF</i>	<i>Fletcher Forum</i>
ff.	fortfolgende
<i>FMR</i>	<i>Forced Migration Review</i>
Fn.	Fußnote
<i>FP</i>	<i>Food Policy</i>
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention (Convention relating to the Status of Refugees)
<i>GIELR</i>	<i>Georgetown International Environmental Law Review</i>

<i>GILJ</i>	<i>Georgetown Immigration Law Journal</i>
Guiding Principles	Guiding Principles on Internal Displacement
<i>GYIL</i>	<i>German Yearbook of International Law</i>
HCA	High Court of Australia
<i>HELRL</i>	<i>Harvard Environmental Law Review</i>
HRW	Human Rights Watch
IASC	Ständiger interinstitutioneller Ausschuss (Inter-Agency Standing Committee)
ICC Statute	Statut des Internationalen Strafgerichtshofes (Statute of the International Criminal Court)
<i>ICLQ</i>	<i>International and Comparative Law Quarterly</i>
ICTY	International Tribunal for the Prosecution of Persons Responsible for Serious Violations of International Humanitarian Law Committed in the Territory of Former Yugoslavia since 1991
IDMC	Internal Displacement Monitoring Centre
IDP	internally displaced person (Binnenvertriebener oder Binnenflüchtling)
IDP-Committee	Committee on Internally Displaced Persons of the International Law Association
<i>IJRL</i>	<i>International Journal of Refugee Law</i>
ILA	International Law Association
ILA-Declaration	Declaration of International Law Principles on Internally Displaced Persons
<i>IMR</i>	<i>International Migration Review</i>
IOM	International Organization for Migration
IPbürgR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (International Covenant on Civil and Political Rights)
IPCC	Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change)
IPwirtR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (International Covenant on Economic, Social, and Cultural Rights)
<i>IRRC</i>	<i>International Review of the Red Cross</i>
<i>IS</i>	<i>International Security</i>
<i>JAR</i>	<i>Jahrbuch für Afrikanisches Recht</i>
<i>JIA</i>	<i>Journal of International Affairs</i>
<i>JRS</i>	<i>Journal of Refugee Studies</i>
<i>JRegional Science</i>	<i>Journal of Regional Science</i>
Kampala-Deklaration	Kampala Deklaration zu Flüchtlingen, Rückkehrern und Binnenvertriebenen in Afrika (Kampala Declaration)

Abkürzungsverzeichnis

	on on Refugees, Returnees and Internally Displaced Persons in Africa)
Kampala-Konvention	Konvention der Afrikanischen Union zum Schutz und zur Unterstützung von Binnenvertriebenen in Afrika (African Union Convention for the Protection and Assistance of Internally Displaced Persons in Africa)
Klimarahmenkonvention	United Nations Framework Convention on Climate Change (Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen)
LNTS	League of Nations Treaty Series
<i>L&P</i>	<i>Law and Policy</i>
<i>MelbJIL</i>	<i>Melbourne Journal of International Law</i>
<i>MichJIL</i>	<i>Michigan Journal of International Law</i>
MIEA	Minister for Immigration and Ethnic Affairs
Nr.	Nummer
NRC	Norwegian Refugee Council
<i>NVwZ</i>	<i>Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht</i>
<i>NYU ELJ</i>	<i>New York University Environmental Law Journal</i>
NZHC	High Court of New Zealand
NZIPT	Immigration and Protection Tribunal New Zealand
OAU	Organisation für Afrikanische Einheit (Organisation of African Unity)
OAU-Konvention	Konvention zur Regelung der besonderen Aspekte der Flüchtlingsprobleme in Afrika (Convention Governing the Specific Aspects of Refugee Problems in Africa)
OHCHR	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights)
<i>OJEC</i>	<i>Official Journal of the European Communities</i>
<i>OJEU</i>	<i>Official Journal of the European Union</i>
<i>P&E</i>	<i>Population and Environment</i>
Prinzipien und Kriterien der CIREFCA	Prinzipien und Kriterien für den Schutz und die Unterstützung von Flüchtlingen in Zentralamerika, Rückkehrern und Vertriebenen in Lateinamerika (Principios y Criterios Para la Protección e Asistencia a los Refugiados, Repatriados y Desplazados Centroamericanos en América Latina)
Protokoll	Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Protocol relating to the Status of Refugees)
Protocol II	Protocol additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949 relating to the Protection of victims of

	non-international armed conflicts
<i>RADIC</i>	<i>African Journal of International & Comparative Law</i>
Representative of IDPs	Representative of the Secretary General on Human Rights of Internally Displaced Persons
Rn.	Randnummer
RPG	Refugee Policy Group
<i>RPN</i>	<i>Refugee Participation Network</i>
RRTA	Refugee Review Tribunal of Australia
RSAA NZ	Refugee Status Appeals Authority New Zealand
S.	Seite
SCC	Supreme Court of Canada
<i>SDLR</i>	<i>San Diego Law Review</i>
<i>STLP</i>	<i>Studies in Transnational Legal Policy</i>
<i>SZ</i>	<i>Süddeutsche Zeitung</i>
u.a.	unter anderem
UKHL	United Kingdom House of Lords
UNCHR	Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (United Nations Commission on Human Rights)
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environmental Programme)
UNGA	Generalversammlung der Vereinten Nationen (United Nations General Assembly)
UNHCR	Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees)
UNHCR-Statute	Satzung des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (Statute of the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees)
UNHRC	Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (United Nations Human Rights Council)
UNSC	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (United Nations Security Council)
<i>UNSWLJ</i>	<i>University of New South Wales Law Journal</i>
<i>UNTS</i>	<i>United Nations Treaty Series</i>
U.S.	United States
<i>VELJ</i>	<i>Villanova Environmental Law Journal</i>
vgl.	vergleiche
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
<i>WILJ</i>	<i>Wisconsin International Law Journal</i>

Abkürzungsverzeichnis

<i>WUJLP</i>	<i>Washington University Journal of Law and Policy</i>
<i>WVK</i>	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (Vienna Convention on the Law of Treaties)
<i>YJIL</i>	<i>Yale Journal of International Law</i>
<i>ZaöRV</i>	<i>Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht</i>
<i>ZAR</i>	<i>Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik</i>
<i>ZFMR</i>	<i>Zeitschrift für Menschenrechte</i>
<i>z.B.</i>	zum Beispiel

Einleitung: Umweltflüchtlinge?

This booklet is written for the policy-makers and the educated public to show them that people are both origin and victim of the actions that lead to environmental disruption and degradation.¹

Essam El-Hinnawi wählte diese einleitenden Worte in seiner Arbeit mit dem Titel „*Environmental refugees*“, die er 1985 für das *Umweltprogramm der Vereinten Nationen* (UNEP)² verfasste. Diese einfachen Worte beschreiben die Komplexität des Phänomens der „*Umweltflüchtlinge*“. Der Mensch kann beides sein, Verursacher und Opfer von Umweltzerstörungen. Er muss jedoch nicht immer beides gleichzeitig sein. Die Umweltzerstörung, oder in anderen Worten die Umweltveränderungen, sind nicht immer auf menschliches Handeln zurückzuführen und nicht immer beeinträchtigen Umweltveränderungen die Lebensbedingungen von Menschen, so dass sie zu deren Abwanderung führen. Menschen und Umweltveränderungen stehen in einer engen Beziehung zueinander und beeinflussen sich gegenseitig.

Die Arbeit von El-Hinnawi kann als erste ausführliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen der „*environmental refugees*“ betrachtet werden. Dennoch ist die Abwanderung aufgrund von Umweltveränderungen keineswegs eine neue Erscheinung. Plötzlich auftretende Naturkatastrophen und sich langsam entwickelnde Umweltveränderungen haben schon immer zur Abwanderung von Menschen aus ihrer Heimat geführt und stellen eine übliche Anpassungsstrategie zur Sicherung der Lebensgrundlage dar.³ Demgegenüber ist die akademische Diskussion um das Phänomen noch relativ jung. Erst Anfang der 1990er Jahre, als zunehmend mehr über den Klimawandel und seine Folgen für die Umwelt bekannt wurde, wurde die Problematik verstärkt wahrgenommen. Während der Klimawandel in den 1980er Jahren noch überwiegend als rein naturwissenschaftliche Thematik betrachtet wurde, änderte sich dies mit dem ersten Sachstandsbericht des

1 El-Hinnawi, *Environmental Refugees*, Preface, ii.

2 UNEP (*United Nations Environmental Programme*).

3 Vgl. McAdam, in: McAdam, *Climate Change and Displacement*, 1; McAdam, *Climate Change, Forced Migration, and International Law*, S. 1.

Einleitung: Umweltflüchtlinge?

Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC)⁴ von 1992, der den Stand der wissenschaftlichen, technischen und sozioökonomischen Kenntnisse über den Klimawandel und dessen potentielle Auswirkungen zusammentrug.⁵ In dem Bericht des IPCC wurde ein Zusammenhang zwischen den Auswirkungen des Klimawandels und Abwanderungen von Menschen hergestellt und es wurde die Feststellung getroffen, dass die schwerwiegendste Auswirkung des Klimawandels die auf Personenbewegungen sei, da Millionen von Menschen wegen Küstenerosionen, Überschwemmungen und schwerer Dürren abwandern würden.⁶ Diese Beurteilungen wurden von verschiedenen Akteuren aufgegriffen und führten dazu, dass „*natural and man-made disasters*“ als Abwanderungsgrund eine eingehende Berücksichtigung in Wissenschaft und internationaler Politik fanden.⁷ Die zunehmende Häufigkeit und Intensität der Naturereignisse, die mit einer steigenden Zahlen davon betroffener und aufgrund dessen abwandernder Personen verbunden waren, verstärkten die Notwendigkeit, sich mit Umweltveränderungen als Abwanderungsursache intensiv auseinanderzusetzen. Insbesondere der Tsunami 2004 im Indischen Ozean und der Hurrikan Katrina 2005 in den Vereinigten Staaten von Amerika sensibilisierten Medien und Politik für das Phänomen der „*environmental refugees*“.

Zudem trugen die vielfachen Schätzungen der Zahl der betroffenen Personen zu einer gewissen Alarmbereitschaft bei, die die öffentliche Debatte um das Phänomen beeinflusst haben. Die Schätzungen variieren sehr stark: Sie reichten von der Annahme von mehr als 10 Millionen „*environmental refugees*“ im Jahr 1988⁸ bis zu 25 Millionen nur vier Jahre später.⁹ Anderen Schätzungen zufolge lag diese Zahl der betroffenen Personen da-

4 IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change).

5 IPCC, *Climate Change: The 1990 and 1992 IPCC Assessments*, S. 55, 89, 103.

6 Vgl. IPCC, *Climate Change: The 1990 and 1992 IPCC Assessments*, S. 103.

7 Siehe u.a. Agenda 21, UN Conference on Environment and Development, 1992; ECOSOC, Resolution 1990/78, 27 July 1990, E/RES/1990/78, para. 1; ECOSOC, Report on refugees, displaced persons and returnees, 27 June 1991, E/1991/109/Add.1, paras. 10, 14, 44, 112 ff; UNHCR, Report of the Working Group on Solutions and Protection to the Forty-second Session of the Executive Committee of the High Commissioner's Programme, 12 August 1991, EC/SCP/64.

8 Vgl. Jacobsen, *Environmental Refugees*, S. 6.

9 Vgl. Myers, *Bioscience* 43 (1993), 752.

gegen erst 2001 bzw. 2007 vor.¹⁰ Wieder andere Autoren nehmen an, dass allein im Jahr 2010 42,3 Millionen Menschen ihre Heimat aufgrund von Wetter- und geophysikalischen Ereignissen verlassen haben.¹¹ Die Prognosen variieren ebenfalls erheblich und reichen von 50 Millionen betroffener Personen, die für das Jahr 2010 vorhergesagt wurden, über 150 und bis zu 700 Millionen Personen für das Jahr 2050.¹² Die Angaben und Prognosen weichen sehr stark voneinander ab, da sie auf unterschiedliche Grundlagen gestützt werden, bei denen die Bestimmung der betroffenen Personen nicht einheitlich erfolgt, die berücksichtigten Abwanderungsgründe variieren sowie teilweise unterschiedliche Vorhersagen zur Entwicklung des Klimawandels einbezogen werden.

Dem Klimawandel und dessen Auswirkungen als klimabedingte Ursachen für Personenbewegungen kommt in jüngster Zeit eine besondere Bedeutung zu und sie stehen seit dem vierten Sachstandsbericht des IPCC 2007 häufiger im Fokus der Diskussion um das Phänomen. Hintergrund dafür ist die in dem Bericht getroffene Feststellung, dass die Erwärmung des Klimasystems eindeutig feststehe und zudem ein Zusammenhang mit menschlichen Aktivitäten existiere.¹³ Seit dem Bericht hat die Auseinandersetzung mit „*environmental refugees*“ bzw. „*climate refugees*“, erneut beträchtlich zugenommen.

Übereinstimmend wird inzwischen davon ausgegangen, dass die Abwanderung aufgrund umweltbedingter Ursachen zunehmen wird und die langfristige Auseinandersetzung mit dem Phänomen, dessen Prävention und Bewältigung sowie insbesondere der rechtliche Schutz der betroffenen Personen weiter an Relevanz gewinnen wird. Global wie auch regional werden Lösungsansätze für den Umgang mit den Personen gesucht

10 Siehe für eine Übersicht mit weiteren Verweisen auf Angaben des Internationalen Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds von 2001 sowie Christian Aid von 2007, Müller et al., Klimamigration, S. 34 f.

11 Das IDMC stellt die Zahlen der letzten Jahre gegenüber und beziffert die betroffenen Personen im Jahr 2008 auf 36,1 Millionen, 2009 auf 16,7 Millionen, 2010 auf 42,3 Millionen, 2011 auf 14,9 Millionen und 2012 auf 32,4 Millionen. Siehe IDMC/NRC, Global estimates 2011, S. 9; IDMC/NRC, Global estimates 2012, S. S. 6.

12 Siehe für eine umfassende Übersicht über die unterschiedlichen Zahlenangaben Müller et al., Klimamigration, S. 28 ff.

13 Siehe IPCC, Synthesis Report 2007, S. 30, 39 f; IPCC, Summary for Policymakers 2007, S. 2, 5 f; sowie Rahmstorf/Schellnhuber, Der Klimawandel, S. 82 ff.

Einleitung: Umweltflüchtlinge?

und erarbeitet.¹⁴ Ausgangspunkt dafür ist eine Analyse der bereits bestehenden Schutzmechanismen für die von dem Phänomen betroffenen Personen. In der vorliegenden Arbeit soll eine solche Untersuchung des Schutzes im Internationalen Flüchtlingsrecht erfolgen. Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Internationalen Flüchtlingsrechts und der Diskussion um das Phänomen der „Umweltflüchtlinge“ soll untersucht werden, welche Personen, die aufgrund umweltbedingter Ursachen ihre Heimat verlassen müssen, von den bestehenden globalen und regionalen flüchtlingsrechtlichen Schutzinstrumenten erfasst sind. Dafür werden die *Genfer Flüchtlingskonvention* (GFK)¹⁵ in der Fassung des *Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge* (Protokoll)¹⁶ von 1967, die *Konvention zur Regelung der besonderen Aspekte der Flüchtlingsprobleme in Afrika* (OAU-Konvention)¹⁷ und die *Deklaration von Cartagena über Flüchtlinge in Zentralamerika* (Cartagena-Deklaration)¹⁸ sowie die *Guiding Principles on Internal Displacement* (Guiding Principles)¹⁹ und die *Konventi-*

-
- 14 Siehe u.a. Council of Europe, Parliamentary Assembly, Resolution 1655 (2009), 30 January 2009, paras. 24.1, 24.3, 24.4; Council of Europe, Parliamentary Assembly, Recommendation 1862 (2009), 30 January 2009; para. 14 (f) Cancún Adaptation Framework; IOM, World Migration Report 2011, S. 61; Kraller et al., Climate Refugees, S. 12 f; Wahlström, in: NRC, The Nansen Conference, 18, 19; Kälin, The Nansen Principles, S. 3; Kälin, FMR 41 (2012), 48 f.
 - 15 GFK (Convention relating to the Status of Refugees), angenommen 28. Juli 1951, in Kraft seit 22. April 1954, 189 UNTS 137.
 - 16 Protokoll (Protocol relating to the Status of Refugees), angenommen 31. Januar 1967, in Kraft seit 4. Oktober 1967, 606 UNTS 267.
 - 17 OAU-Konvention (Organization of African Unity Convention Governing the Specific Aspects of Refugee Problems in Africa), angenommen 10. September 1969, in Kraft seit 20. Juni 1974, 1001 UNTS 45. Die Konvention zur Regelung der besonderen Aspekte der Flüchtlingsprobleme in Afrika wird in Anlehnung an die *Organisation für Afrikanische Einheit*, die *Organisation of African Unity*, allgemein als OAU-Konvention bezeichnet.
 - 18 Cartagena Deklaration (Cartagena Declaration on Refugees), angenommen auf dem *Coloquio Sobre la Protección Internacional de los Refugiados en América Central, México y Panamá: Problemas Jurídicos y Humanitarios* in Cartagena, Kolumbien, 22. November 1984.
 - 19 Guiding Principles on Internal Displacement, 11 February 1998, E/CN.4/1998/53/Add.2. Die deutsche Bezeichnung für das Dokument variiert. Teilweise wird es als *Leitlinie für Binnenvertriebene*, *Leitlinie betreffend Binnenvertreibung* oder als *Leitprinzipien zum Umgang mit Binnenvertreibung* bezeichnet. Zum Teil wird aber auch in deutschen Veröffentlichungen auf die englische Bezeichnung zurückgegriffen. Vgl. Ammer et al., Umweltflüchtlinge, S. 49 ff; Ammer, ZFMR 2 (2010), 48, 53; Kießling, Friedenswarte 85 (2010), 13, 24; UNHCR, Binnenvertriebene, 2012; Müller et al., Klimamigration, S. 47.

on der Afrikanischen Union zum Schutz und zur Unterstützung von Binnenvertriebenen in Afrika (Kampala-Konvention)²⁰ herangezogen. Diese flüchtlingsrechtlichen Instrumente unterscheiden sich nicht nur in ihrer Eigenschaft als globale und regionale Schutzmechanismen, sondern besitzen auch unterschiedliche Anwendungsbereiche. Während die GFK, die OAU-Konvention und die Cartagena-Deklaration zum Schutz von Flüchtlingen dienen und grenzüberschreitende Abwanderungen erfassen, sind die Guiding Principles und die Kampala-Konvention auf interne Abwanderungen zum Schutz von so genannten „*internally displaced persons*“ (IDPs), „*Binnenvertriebenen*“ oder auch „*Binnenflüchtlingen*“²¹ anzuwenden. Darüber hinaus werden unterschiedliche Anforderungen an die Abwanderungsgründe gestellt, so dass verschiedene Personengruppen von dem jeweiligen Schutzbereich erfasst werden. Unter Berücksichtigung der internationalen Rechtsprechung und der akademischen Diskussion werden im Folgenden die Voraussetzungen dieser Instrumente geprüft und es wird analysiert, inwiefern sie Schutz für Personen bieten, die aufgrund umweltbedingter Ursachen ihre Heimat verlassen.

Für diese Beurteilung ist es zunächst erforderlich, ein Verständnis für das Phänomen der „*environmental refugees*“ zu entwickeln, um beurteilen zu können, welcher Personenkreis von welchem flüchtlingsrechtlichen Schutzmechanismus erfasst wird und wo gegebenenfalls Lücken bestehen. Trotz der inzwischen sehr zahlreichen Beiträge und Veröffentlichungen existiert bis heute keine allgemein akzeptierte oder gar rechtlich bindende Definition für die von dem Phänomen betroffenen Personen. Vielmehr werden verschiedene Schwerpunkte innerhalb der Diskussion gesetzt, was bereits an der uneinheitlich verwendeten Terminologie zu erkennen ist, wonach sie als „*environmental refugees*“, „*environmentally displaced persons*“, „*environmental migrants*“, „*environmental displacees*“, „*climate refugees*“ oder auch „*ecomigrants*“ bezeichnet werden.

20 Kampala-Konvention (African Union Convention for the Protection and Assistance of Internally Displaced Persons in Africa), angenommen 22. Oktober 2009 auf dem *Special Summit on Refugees, Returnees and Internally Displaced Persons in Africa* der Afrikanischen Union in Kampala, Uganda, in Kraft seit 6. Dezember 2012.

21 Eine übereinstimmende deutsche Bezeichnung für Personen, die innerhalb der Staatsgrenzen ihres Herkunftsstaates abwandern, existiert nicht. Siehe u.a. Hofmann, in: Beyerlin et al., *Recht zwischen Umbruch und Bewährung*, 417 ff; Fronhöfer, AVR 34 (1996), 276 Fn. 2; Geißler, *Der völkerrechtliche Schutz der IDPs*, S. 35 ff; Kießling, *Friedenswarte* 85 (2010), 13.

Einleitung: Umweltflüchtlinge?

Die Schwierigkeit einer allgemeingültigen Bestimmung der betroffenen Personen liegt darin, dass sich die Analyse der ineinander greifenden Ursachenfaktoren für die Abwanderung unter Berücksichtigung umweltbedingter Ursachen noch in den Anfängen befindet und der Einfluss der Umweltveränderungen auf die Lebenssituation des Menschen sowie konkret auf dessen Abwanderungsverhalten nicht eindeutig feststeht bzw. auf Prognosen über die Auswirkungen des Klimawandels basiert. Zudem ist zu beachten, dass die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der „*environmental refugees*“ seit ihren Anfängen vor einem politischen Hintergrund stattfindet. Je nach Interessenlage und Standpunkt wurden Versuche unternommen, den Schutz der betroffenen Personen und die Verantwortlichkeit für deren Situation sehr weit zu fassen oder einzugrenzen – nicht nur in Bezug auf flüchtlingsrechtliche Gesichtspunkte, sondern auch im Hinblick auf umweltpolitische und sozialpolitische Konsequenzen auf regionaler und globaler Ebene.

Für die vorzunehmende Untersuchung geht es somit zunächst darum, das Phänomen der „*Umweltflüchtlinge*“ in seiner ganzen Bandbreite zu erfassen und konzeptionell zu durchdringen. Dies erfolgt im ersten Teil der vorliegenden Arbeit, indem zunächst die Entwicklung der Diskussion nachgezeichnet wird: von der eher beiläufigen Erwähnung von „*refugees from natural disasters*“ während der Erörterung des Vertragstextes der GFK 1951 über die ersten wissenschaftlichen bzw. rechtspolitischen Diskussionen in den 1980er Jahren mit der grundlegenden Arbeit von El-Hinnawi und der Forderung des *Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen* (UNHCR)²² 1991 nach einem flexiblen und effektiven internationalen Reaktionsmechanismus sowie der vertieften Auseinandersetzung mit dem Phänomen und einem Fokus auf klimabedingter Abwanderung in den 2000er Jahren bis zur Erarbeitung von Lösungsansätzen und 2012 dem Inkrafttreten einer rechtsverbindlichen Konvention zum Schutz von IDPs in Afrika sowie dem Vorschlag einer globalen Schutzagenda für „*people displaced across borders by natural disasters*“ der *Nansen Initiative*. Anschließend wird eine Bestimmung umweltbedingter Personenbewegungen vorgenommen. Dafür werden die bedeutsamsten Definitionsvorschläge analysiert, die entgegen einiger Stimmen in der Literatur und trotz unterschiedlicher Terminologie von einem übereinstimmenden Grundverständnis in Bezug auf die betroffenen Personen ausgehen. Folgende Elemente sind dabei relevant: Umweltveränderungen als Ursache

22 UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees).

der Abwanderung, die Motivation für das Verlassen der Heimat, die Überschreitung einer internationalen Grenze und die zeitliche Dauer der Abwesenheit von der Heimat. Unterschiedliche Schwerpunkte bei diesen Elementen prägen das vielfältige Verständnis von den Personen. Deutlich wird dies bei deren Unterscheidung in „Umweltflüchtlinge“, „Umweltvertriebene“ und „Umweltmigranten“ anhand der Motivation und Grenzüberschreitung bei der Abwanderung. Die inhaltliche Ausgestaltung dieser Elemente ist nicht unumstritten. Da sie für die flüchtlingsrechtlichen Schutzmechanismen zum Teil von erheblicher Bedeutung sind, werden die verschiedenen Elemente in der vorliegenden Arbeit aufgegriffen und unter Berücksichtigung der bisherigen Diskussion untersucht sowie ihr Einfluss auf die Verwendung der vorgeschlagenen Terminologie diskutiert, um abschließend den zu beurteilenden Personenkreis umweltbedingter Personenbewegungen für die vorzunehmende Untersuchung des bestehenden Schutzes im Internationalen Flüchtlingsrecht festzulegen.

Dem folgend wird in der Arbeit auf Personen abgestellt, die aufgrund umweltbedingter Ursachen ihre Heimat verlassen müssen und dabei grenzüberschreitend oder innerhalb der Grenzen ihres Heimatlandes abwandern. Bezüglich der Ursachen wird dabei von dem ursprünglich sehr weiten Verständnis der „*environmental refugees*“ ausgegangen und trotz des zurzeit bestehenden Fokus auf „*Klimamigration*“ in der medialen Öffentlichkeit und der akademischen Auseinandersetzung vorliegend keine Beschränkung auf klimabedingte Abwanderungen erfolgen. Die umweltbedingten Ursachen der Abwanderung sind in verschiedene Konstellationen zu unterscheiden, nach denen einerseits unmittelbar auf die Umweltveränderungen abzustellen ist, andererseits auf das menschliche Verhalten im Umgang mit der Umwelt und mit den von Umweltveränderungen betroffenen Personen. Dafür wird ein Differenzierungsmodell vorgeschlagen, mit dem unterschiedliche Aspekte umweltbedingter Ursachen der Abwanderung im Fokus der Untersuchung stehen: die Umweltveränderungen unmittelbar als Ursache der Abwanderung, das zum Klimawandel beitragende menschliche Verhalten, die Umweltzerstörung als Mittel zur Austragung eines Konfliktes sowie das menschliche Verhalten in Reaktion auf Umweltveränderungen.

Im zweiten Teil dieser Arbeit wird unter Berücksichtigung grenzüberschreitender und interner Abwanderungen untersucht, welche globalen und regionalen Schutzinstrumente des Internationalen Flüchtlingsrechts auf die unterschiedlichen Konstellationen umweltbedingter Ursachen für Personenbewegungen Anwendung finden. Zunächst wird auf die GFK, die OAU-Konvention und die Cartagena-Deklaration eingegangen und jeweils

Einleitung: Umweltflüchtlinge?

geprüft, ob bei grenzüberschreitenden Abwanderungen deren Voraussetzungen erfüllt sind und die betroffenen Personen als Flüchtlinge von dem jeweiligen Schutz erfasst werden. Danach werden die Guiding Principles und die Kampala-Konvention herangezogen, um zu untersuchen, ob bei internen Abwanderungen deren Voraussetzungen erfüllt werden können und die betroffenen Personen als IDPs von dem Schutz erfasst sind. Dafür werden jeweils die allgemeinen Voraussetzungen der Instrumente unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsprechung und der Literatur erläutert und problematisiert sowie die Anwendung auf umweltbedingte Personenbewegungen diskutiert.²³ Dabei wird deutlich, dass eine allgemeingültige Aussage über den Schutz von Personen, die aufgrund umweltbedingter Ursachen ihre Heimat verlassen müssen im Internationalen Flüchtlingsrecht nicht getroffen werden kann, sondern für verschiedene Situationen der Abwanderung unterschiedliche Schutzmechanismen in Betracht kommen können.

23 In der vorliegenden Arbeit wird für das Phänomen der so genannten „*environmental refugees*“ bzw. „*Umweltflüchtlinge*“, „*environmentally displaced persons*“ oder „*environmental migrants*“ der Begriff der „*umweltbedingten Personenbewegungen*“ verwendet. Diese Bezeichnung stellt eine Beschreibung der Personen dar, die aufgrund umweltbedingter Ursachen ihre Heimat verlassen und nimmt gleichzeitig von der im Internationalen Flüchtlingsrecht verwendeten Terminologie Abstand.